

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsschreiber: Die Redaktionsschreiber
veröffentlicht für Anzeigen und Anfragen
mit dem Preis von 20 Pfennigen, ausserdem
Anzeigen zu Pfennige, ansonsten
Anzeigen zu Pfennige, ausserdem Kosten
zu 10 Pfennigen, ausserdem Kosten
zu Pfennigen.

Telegramme: Tageblatt Auezgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl: Aue Leipzig Nr. 1900

Nr. 300

Sonnabend, den 28. Dezember 1929

24. Jahrgang

Briand über seine Politik

Ein Rückblick in der französischen Kammer

In der letzten Sitzung der französischen Kammer bei der Fortsetzung der Aussprache über die auswärtige Politik führte der Außenminister Briand u. a. aus: Der schwerste Vorwurf, den man ihm mache, sei, daß er Versöhnungspolitik betreibe. Seine Gegner beginnen, jedoch den Fehler, ihm Verzichte zuzuschreiben, die durch andere Minister genehmigt worden seien. Er sei nicht dafür verantwortlich, daß man die Kriegsbeschuldigten nicht habe ausspielen lassen; er sei auch nicht verantwortlich für gewisse Änderungen militärischer Klausuren des Friedensvertrages. Die Hauptkritik seines Gegners habe sich in den letzten Tagen gegen Locarno gerichtet. Man habe ihn gefragt: Was haben Sie mit Polen gemacht? Bis zum letzten Augenblick habe er für die Sicherheit Polens gekämpft, und er wiederholte die Behauptung, daß die seierliche Erklärung Deutschlands, eine Verlängerung der Ostgrenzen nicht durch Militärgewalt herbeizuführen, ein Erfolg sei. (Starke Beifall, der von der Maringruppe bis zu den Sozialisten geht.) Für Deutschland habe der Verfoiler Vertrag die Bedeutung eines durch Gewalt aufgezwungenen Vertrages gehabt. Er selbst habe sogar vor Abschluß der Locarnoabkommen im Einvernehmen mit den Alliierten die Politik des Zwanges beschlossen müssen. Er habe stets Siegerpolitik getrieben und gezeigt, daß Frankreichs Gesicht das eines Landes sei, das im größten Kriege gewonnen habe. Die Propagandistische Frankreich würde nicht durch Wehrkraut und Schärferei ausdrücken (Beifall). In Deutschland habe sich unter dem Regime der Zwangspolitik der Haß entwidelt. Damals habe die französische Politik nach einer Versöhnungsmöglichkeit mit Deutschland gesucht. Der Dawesplan habe diese Annäherung zu erleichtern versucht. Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien hätten die Abkommen von Locarno und von London mit unterzeichnet. Es gebe so viele Mittel, zwischen den Völkern Kriegsmöglichkeiten zu schaffen, daß man ihnen auch die Möglichkeit verschaffen müsse, miteinander zu sprechen, um Wohlverständnis zu befähigen, bevor blutige Konflikte ausbrüchen. Es sei leichter, den Völkern beredsame Worte und Trompetengeschmetter verständlich zu machen

als Worte des Friedens. Er werde, solange er könne, auf seinem Platz bleiben, um seine Politik zu verteidigen (Beifall). Er glaube, daß man, wenn man den Frieden wolle, ihn vorbereiten müsse und daß sich bereits einiges geändert habe. Abkommen wie der Kellogg-Patt hätten nur einen moralischen Wert, sie brächten keinen Krieg, indem sie sagten: Nehmen wir ihm die Maske der Legalität herunter! Gewiß, das sei eine Geste, die man leicht lächerlich machen könnte. Aber immerhin sei diese Geste, wenn alle Nationen sich verstündigt hätten, etwas, um sie zu vollziehen und zu garantieren.

Die Rede Briands wurde von fast der gesamten Kammer mit lebhaftem Beifall aufgenommen, er selbst von seinen Ministerkollegen und zahlreichen Kammermitgliedern, als er sich auf seinen Platz zurück begab, lebhaft beglückwünscht. Die Sitzung wurde hierauf um 7 Uhr unterbrochen. Briand wandte sich gegen die französischen Gegner des Youngplans, denen dieser zu viele Geständnisse an Deutschland entstellt. Briand fragte: Was wollen Sie an meiner Stelle tun? Wollen Sie sagen: Ich werde nicht das Rheinland räumen, ich bleibe, ich will nicht den Youngplan? Das ist auch eine Politik! Ich hätte gern gesehen, wenn sie auf dieser Tribüne verteidigt worden wäre. Briand spottete unter großem Beifall der Mehrheit der Kammer über diejenigen, die wohl ein Gebäude zu zerstören, aber nicht aufzubauen wissen. Er müsse jetzt der Kammer erläutern, daß sie ihre Verantwortung übernehmen müsse. Nichts sei bisher unternommen worden, alles bleibe noch zu tun, die 3. Rheinlandzone sei noch nicht geräumt. Die Kammer könne also fortfahren, das sei noch möglich. Der nach dem Haag fahrende Zug sei noch nicht abgegangen. Aber die Regierung wolle etwas anderes als Worte des Vorwurfs und Ratschläge. Es sei Zeit, daß das Parlament den Interessen Frankreichs diene. Gebe es etwa keine Sanctionen? Allenfalls seien solche vorhanden. Vor dem Ende müsse jetzt die Kammer die Verantwortung für eine aufbauende Entwicklung übernehmen.

Die Umbettung Gefallener in Frankreich

Der Volksbund für deutsche Kriegergräberfürsorge teilt mit:

Durch die deutsche Presse geht eine Meldung über einen angeblichen Kriegergräberstandel in Frankreich. Vor einer Weiterverbreitung dieser Nachricht scheint es angebracht, die Feststellung des Sachverhaltes abzuwarten, um unnötige Beunruhigungen zu vermeiden; denn es ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß es sich um Auswirkungen früherer Unregelmäßigkeiten handelt. Bei den Umbettungen, die vom Jahre 1922 an zunächst von Unternehmern ausgeführt wurden, sind seinerzeit Unregelmäßigkeiten festgestellt worden, die die französischen Behörden veranlaßten, die weiteren Umbettungen selbst in die Hand zu nehmen.

Es sei noch bemerkt, daß die Umbettungen in größerem Umfang schon seit 1925 abgeschlossen sind, und daß jetzt nur noch in den sogenannten „roten Boxen“, d. h. in ehemaligen Kampfgebieten, die noch nicht aufgeräumt und systematisch nach einzelnen Gefallenen abgesucht worden sind, Kriegerleichen, vor allem verschüttete, beider Nationen aufgefunden und auf nahegelegenen Soldatenfriedhöfen bestattet werden. Vorher wird jedesmal ein Protokoll vom zuständigen französischen Grabberoffizier und dem Identifikationsbeamten aufgenommen. Bei den neuerdings aufgefundenen Toten kann es sich also nur um solche vereinzelt, bisher noch nicht umgebetteten Leichen handeln.

Der Volksbund deutscher Kriegergräberfürsorge hat sofort die zuständigen amtlichen deutschen Stellen um Klärung der Angelegenheit gebeten.

Die Abschaffung des Weihnachtsfestes in Russland

In diesem Jahre waren die Weihnachtstage zum ersten Male gewöhnliche Arbeitstage, an denen entsprechend der fünftägigen Arbeitswoche vier Fünftel der Werktätigen arbeiteten und ein Fünftel ruhte. Auf Anregung breiter Schichten (1) der Werktätigen wurde der 25. Dezember zum zweiten Industrialisierungstag erklärt. Aus diesem Anlaß haben die Betriebsräte der meisten Großbetriebe ihren Tageslohn dem Industrialisierungsfonds zugesetzt. (So berichtet die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.)

Eröffnung der Haager Konferenz am 3. Januar

Der Wiederaufgang bei Haager Konferenz ist nunmehr endgültig auf den 3. Januar festgelegt worden. Die Eröffnungsfeier findet um 8 Uhr nachmittags im Rathaus statt.

Der österreichische Ministerrat gegen die Heimwehren

Wie die „Neue Freie Presse“ aus Klagenfurt meldet, fand dort eine Landeskunderversammlung statt, in der Minister Schuhmacher die Vorwürfe Stellung nahm, die von den Heimwehren gegen die bürgerlichen Parteien und seine Person erhoben worden sind. W. a. sagte der Minister: „Was habe ich im Laufe weniger vieler Versammlungen und Reden gefragt? Ich habe im Interesse der Heimwehrbewegung selbst davor gewarnt, gegen die rechtmäßig eingesetzte Regierung irgendwie Front zu machen. Ich habe ferner gewarnt vor einem Zusammenschluß mit den bürgerlichen Parteien und besonders davor, Außenpolitik zu betreiben. Diese Warnung war durchaus berechtigt, denn ich habe Beweise, daß tatsächlich Außenpolitik betrieben worden ist. Man hat mich ersucht, mit illegalen Mitteln vorzugehen, aber ich habe das abgelehnt, und seitdem sind meine Beziehungen zu den Heimwehrleuten so geworden. Man möge mich nicht zwingen, mit Dokumenten in die Öffentlichkeit zu treten. Bemerken möchte ich noch, daß ich in vollem Einvernehmen mit dem Bundeskanzler stehe, und daß sich der Ministerrat mit mir solidarisch erklärt hat. Die jetzige Führung der Heimwehren ist vielfach stark politisch eingestellten Elementen anvertraut. Diese politische Einstellung schadet der Heimwehr. Darum weg mit jeder Politik von der Heimwehr.“ — Die Versammlung sprach schließlich dem Minister das vollste Vertrauen aus.

Aufruf zur Gründung steirischer Bauernwehren

In einem Aufruf, den die Vertreter der Bauernmänner des Bundes zur Gründung eigener steirischer Bauernwehren verbreiten, heißt es: In den Sturmjahren 1918/19 hat die Bauernschaft des steirischen Unterlandes Bauernwehren geschaffen, die das steirische Unterland vom Feind befreien. Die Bauernwehren werden auch heute dem Feind gewachsen sein, der fortgelebt von Diktatur spricht und sie bald links, bald rechts errichten will, um eine einseitige Herrschaft einiger machtbungriger Leute herbeizuführen. Die ewigen Unruhen, welche ohnedies die schwer leidende Wirtschaft ganz zugrunde richten, müssen endlich ein Ende nehmen. Wir wollen Ruhe und Arbeitsfrieden und sonst nichts. Die Bauernwehren treten geschlossen hinter den Bundeskanzler Schönböck auf den festen Boden der Verfassung und demokratischen Republik. Sie lehnen die Diktatur der Roten ebenso wie die der Nationalsozialisten ab. Die oberste Führung des Heimatlandes geht Wege, welche die Bauernschaft mit schwerster Kugel und Blitzen erfüllen. Deswegen, Landsleute, fordern wir Euch auf, in unserm Rahmen einzutreten!

Mann im Netz

Der Roman,
den Sie lesen müssen

beginnt heute

Das „französische“ Straßburg

Verschmelzung französischer Blätter in Straßburg

Wie Journal des Debats berichtet, werden am 1. Januar die beiden in Straßburg in französischer Sprache erscheinenden Blätter Journal de l'Est und Journal d'Alsace et Lorraine verschmolzen. Es werden demnach in Straßburg nur noch zwei Blätter, nämlich Journal d'Alsace et Lorraine und Demain le Nouvelles, in französischer Sprache erscheinen.

Großer Bankraub in Lüttich

Ablösefall des belgischen Kolonialministers

Die bedeutende Lütticher Bank „Chauvois“, die seit mehreren Jahren besteht und zu deren Verwaltungsrat der Kolonialminister Schoppoff und der frühere Innensenator Verrey gehören, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Aufzehrung in Lüttich ist sehr groß. Die Verluste betragen mehrere Millionen. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet worden. Wie weiter kommt wird, hat der Kolonialminister im Zusammenhang mit diesem Bankzusammenbruch sein Ablösefallgebot dem Ministerpräsidenten eingerichtet, das bereits angenommen wurde.

Spätes Kriegsopfer

Eine blutige Familiengeschichte am Weihnachtstag

Am späten Abend des ersten Weihnachtstages ereignete sich in Berlin-Oberschöneweide eine entsetzliche Familiengeschichte. Der bei der AGO angestellte 34jährige Graf und sein dreijähriges Mädchen. Sobald brachte er sich selber drei lebensgefährliche Schüsse an den Brust bei. Länglich war vier Jahre im Hause gewesen und hatte im Jahre 1925 geheiratet. Die Ehe war glücklich, aber seit einiger Zeit machten sich bei dem Manne, wie man vermutet, als Kriegsnachwirkung, die Zeichen einer schweren Nervenkrankung bemerkbar. Insbesondere war ein Länglich eine Art Erregbarkeit zu bemerken, sodass ihn die geringfügigsten Dinge in Aufregung versetzen konnten. Die Verwandten wollten ihn daher am 24. d. W. auf einige Zeit in einem Erholungsheim unterbringen. Die Aufnahmeschwester gab jedoch ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß man den Patienten gerade am Tage vor Weihnachten bringe und empfahl, ihn noch über die Feiertage bei den Angehörigen zu lassen. So nahmen ihn dann die Verwandten wieder mit nach Hause, wo sich jedoch am Abend des ersten Feiertages jene entsetzliche Tragödie abspielte.

Die Belagerung des russisch-chinesischen Konflikts

Der chinesische Diplomatikossef Tsai und die russischen Vertreter Simonowski und Ruby sind von Chabariv abgereist. Ruby wird seinen Posten als Direktor der Russischen Bahn antreten, während Simonowski die provisorische Vertretung des Generalkonsuls Melnikoff in Chabariv übernimmt.

Attentat auf den Präsidenten von Argentinien

Auf den Präsidenten Irigoyen wurden in Buenos Aires von einem Unbekannten drei Schüsse abgegeben. Der Präsident blieb unverletzt, dagegen wurde der ihm begleitende Polizist getötet. Sein Chauffeur wurde schwer verletzt. Der Angreifer wurde von einem Polizisten erschossen. Das Attentat ereignete sich in unmittelbarer Nähe der Arbeitswohnung des Präsidenten.

Für 10,5 Millionen Dollar ausländische Postanweisungen

Die Postbehörde in New York teilte mit, daß Postanweisungen im Gesamtwert von 10,5 Millionen Dollar nach dem Ausland gegangen sind. Für drei Millionen gingen nach Irland, für 2,5 nach Deutschland und für 2 Millionen nach England, nach Frankreich gingen Postanweisungen in Gesamthöhe von 110 000 Dollar.

Feuer in einem Bergwerk

Ein vor einigen Tagen in der Gitterlochgrube Clarenthal bei Saarbrücken ausgebrochener Blasenbrand hat am Montag einen beträchtlich großen Umfang angenommen, daß die Betriebsleitung die zur Bekämpfung des Brandes aufgebotene Mannschaft aus Gründen der Sicherheit wieder zurückgezogen hat. Da der Brandherd unter der zweiten Sohle, der jüngsten Sohle liegt, ließ es man nunmehr die Sohle bis zu dieser Sohle unter Wasser. Die Belegschaft konnte am Montag nicht mehr einfahren.